

**Programm für Klausurtagung
am 25./26.10.03
auf der Eberburg, Münster am Stein bei Bad Kreuznach**

Beginn der Tagung am Samstag 25.10. um 10.00 Uhr

Themenschwerpunkt 1:

Organisation von attac: national/international mit Sabine Leidig von attac-Deutschland
Im Anschluss an Vortrag und Diskussion könnten wir miteinander auch besprechen, ob bestimmte Strukturen auch für die Mainzer Regionalgruppe interessant sein könnten.

Mittagspause ca. 12.00 - 14.00 Uhr

etwa ab 14.00 Uhr

Themenschwerpunkt 2:

"Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung:
Diskussion des attac-Positionspapiers
Einfluss von gewonnenen Einsichten auf die Arbeit der Regionalgruppe

etwa ab 18.00 Uhr

Abendessen, Spaziergehen, gemütliches Zusammensein oder sonst was Schönes.

Sonntag nach dem Frühstück (etwa ab 9.30 Uhr)

Themenschwerpunkt 3:

Planung der Arbeit im nächsten Jahr
Berichte und Vorschläge für Aktivitäten
Inhaltliche Schwerpunktsetzung im nächsten Jahr
Kooperation mit anderen Initiativen und Organisationen,
Wer hat Lust im nächsten Jahr im Ko-Kreis mit zu machen
Öffentlichkeitsarbeit

Nach dem Mittagessen

Möglichkeit zur Fortsetzung, falls notwendig.

Ende der Tagung spätestens um 15.00 Uhr

Protokoll Klausurtagung, Samstag, den 25.10.03

Vormittag: Sabine Leidig Attac Bundesbüro

Sabine Leidig : Struktur von attac, national und international

Besonderheit der Struktur :

- Mischung aus Netzwerk und Bewegung, d.h. Vernetzung verschiedener NGOs und einzelner Aktivisten (Bewegungscharakter).
- Pluralität der Ideologien bei punktuellm Konsens, kein Gesamtprogramm
- Dezentralismus in Thematik, Aktions- und Organisationsform
- Basisautonomie der Regionalgruppen und bundesweiten AGs
- klares Profil in öffentlicher Wahrnehmung für bundesweite Schlagkraft Diese Struktur
- erfordert stete Balance zwischen Zentralismus und

Dezentralismus

(Streitpunkte: Finanzverteilung Bundesattac/Regionalgruppen, eigenverantwortliche Erklärungen von AGs/Gremien).

Das Spannungsverhältnis zwischen Zentralismus und Dezentralismus ist in verschiedenen Ländern entsprechend deren nationaler Verfasstheit unterschiedlich stark ausgeprägt (z.B. attac Frankreich ähnlich Paris-zentral organisiert wie die staatliche Verwaltung).

Die internationale Verknüpfung von attac ist eher lose, auf europäischer Ebene wird eine gewisse Kontinuität durch jährliche Sozialforen hergestellt.

Struktur attac Deutschland:

Kokreis: bundesweite Koordination, strategisches Zentrum besteht aus 21 Kos, etwa zur Hälfte aus Freigestellten anderer Organisationen (WEED,...) und etwa zur Hälfte aus Nebentätigen (Professionalität + Spontaneität).

Anschließend an Sabine Leidigs Referat werden vorwiegend Gefahren der Mischstruktur zur Sprache gebracht:

Zersplitterung durch Basisautonomie

Verzettelung durch Integration vieler Interessengemeinschaften

Profilverlust in der Öffentlichkeit wegen mangelnder Offenlegung der Zusammenhänge aller Tätigkeitsbereiche, lokal/global

Bürokratielastigkeit wegen fortschreitender Professionalisierung (Ratschlag Aachen)

Außerdem wurde die Verbesserung des Angebots der theoretischen Hilfe gewünscht (Verständlichkeit der Basistexte, Erreichbarkeit der Seminare, web-Gestaltung).

Protokoll von Denise Hänle

Nachmittag: Diskussion über „alternative Wirtschaftsordnung“

Folgende Punkte wurden bei der Diskussion über das wirtschaftliche Wachstum zusammengefasst:

- Ressourcen sind begrenzt
- Keine wesentlichen Unterschiede in den Wachstumsalternativen
- Stärkere Unterschiede in Globalisierungstheorien
- Abstrakte Forderungen? Welche Wege führen dorthin
- Kapitalismus Wachstum immanent
- Andere Wirtschaftsordnung?
- Psychologischer Aspekt (Eigennutz - Gerechtigkeit)
- Postulat der Gerechtigkeit

- Ist Wachstum politisch steuerbar
- Bedeutung von Wachstum
- Zwei verschiedene Wachstumsbegriffe
- Konkreteste Forderungen sind Unterlassungen
- Definition von Wachstum?
- Unterschiedliche Mwst. Steuern
- Ähnlichkeit zu Grünen Forderungen
- Forderungen scheitern an Machtfragen - Systemfrage
- Frage der Demographie
- Schrumpfungsprozess

Protokoll Klausurtagung, Sonntag, den 26.10.03

Vormittag: Die AG's stellen sich vor

- AG Kommunales
Roman spricht für die AG Kommunales. Die AG beschäftigt sich mit dem Bürgerhaushalt, orientiert sich hierbei am Beispiel Berlin Mitte. Es ist geplant, für Mainz Vorschläge für einen Bürgerhaushalt zu erarbeiten.
- AG WTO
Um das Hauptthema GATS ist es zurzeit still geworden. Die AG beschließt sich schnellstens zu treffen, um die AG wieder zu aktivieren. Vorschlag, die AG umzubenennen in AG Welthandel und WTO. Neuer Termin für Treffen ist Dienstag, der 11. September um 20 Uhr.
- AG Soziale Sicherungssysteme
Von der AG werden zwei Referate zu den Themen Demographie, Finanzierung des Gesundheitswesens sowie ein Grundlagenpapier zu Globalisierung und soziale Sicherungssysteme vorgetragen. Der Vortrag von Waltraud über die Finanzierung des Gesundheitswesens befasst sich mit den zwei zukünftigen Modellen der Gesundheitspolitik, Bürgerversicherung und der Kopfpauschale.
Während den Diskussionen zu den zumeist wirtschaftlich dominierten Themen taucht immer wieder der Wunsch auf, über diese Materie mehr zu erfahren. Der Ko-Kreis soll sich Gedanken darüber machen, ein Seminar evtl. mit einem Wirtschaftswissenschaftler anzubieten. Die Referate von Waltraud und Rainer sind als Anhang bei gefügt. Zwischendurch kommt ein Vorschlag von Waltraud, die die letzte AZ dabei hat, zu den brennenden Problemen in Mainz Stellung zu nehmen, von denen viele einen direkten Bezug zu den ATTAC Themen haben. Eventuell dies zum Anlass für eine Aktion zu nehmen.
- AG Globalisierung und Ökologie
Sie kann mangels Interesse noch keinen Bericht abgeben. Für diese AG sollte für aktive Mitglieder geworben werden.
- Vortrag zu Öffentlichkeitsarbeit
Ernst Scharbach stellt den Förderverein Unabhängige Medien vor, der aus verschiedenen Stadteilzeitungen hervorgegangen ist. Durch ihn wird die unabhängige Internetzeitung ngo-online herausgegeben. Wenn Attac Mainz hier etwas veröffentlichen möchte soll sie sich direkt per mail an Ernst, e.scharbach@t-online.de wenden. Die Zeitung befindet sich zur Zeit noch im Anfangs- und Entwicklungsstadium, es könnte für die Zukunft über eine Verlinkung von Attac Mainz und ngo-online nachgedacht werden.

Nachmittag: Planung der Arbeit im nächsten Jahr

- Nach der Mittagspause wird besprochen, den Termin vom letzten Regionalplenum dieses Jahres auf den 18 oder 11.12. zu legen. Da dies der Jahrestag für Attac Mainz ist eventuell eine kleine Feier geplant.
- Dann wird über die Neuwahl des Ko-Kreises diskutiert. Dieser soll paritätisch mit Männer und Frauen besetzt sein, außerdem wäre es wünschenswert, wenn er sich sowohl aus alten Ko-Kreis-Mitgliedern als auch aus neu gewählten zusammensetzen würde. Vom alten Ko-Kreis stellen sich Monika und Claude für eine Neuwahl zur Verfügung. Monika mit der Einschränkung, dass sie berufsbedingt auch während des Jahres ausfallen kann. Mechtild möchte sich verstärkt um die Öffentlichkeitsarbeit kümmern, wenn aber mangels Kandidaten noch Personen für den Ko-Kreis gebraucht würden so würde sie mit eingeschränkter Zeit wieder mitarbeiten.
- Für die Wahl zum Ko-Kreis sollen folgende Personen angesprochen werden:
- Birgit Pieper, Andreas Eichinger, Karl Vosskübler, Peter Schonhoeffter und Angela Scherer sollen vor der Dezember-Regionalsitzung gefragt werden, ob sie sich für eine Wahl zur Verfügung stellen würden.
- Hans-Jörg steht für den neuen Ko-Kreis nicht mehr zur Verfügung, er wird sich weiterhin um EDV Angelegenheiten kümmern, z.B. kann er auch kleinere Änderungen an unserer Homepage vornehmen.
- Hugo soll in Zukunft alle 4 Wochen die Ko-Kreis Mitglieder über den aktuellen Kontostand informieren. Roman spricht Hugo auf den Wechsel zu einer anderen Bank an, da wir sogar für Überweisungen zur Zeit Gebühren bezahlen müssen.
- Der Ko-Kreis muss beim Regionalforum im Dezember einen Rechenschaftsbericht über seine bisherige Tätigkeit abgeben.
- In Zukunft sollen verstärkt Mainzer Gruppen und Verbände, z.B. der VERDI Ortsverband auf eine Mitgliedschaft bei ATTAC Mainz angesprochen werden.
- Mechtild gibt einen Brief von Michael Holdinghaus rum, in dem ein internationales Jugendcamp vorgestellt, welches von der Gewerkschaft organisiert am 29.5.-1.6. nächsten Jahres stattfinden soll. Er fragt an, ob ATTAC Interesse an einer Beteiligung hat. Dies wird übereinstimmend bejaht. Vorschlag, dass je 1 Mainzer und Frankfurter Attacie dort hinfährt. Dies sollte auf einer der nächsten Plenen besprochen werden.
- Vorschlag von H-J. Wolf, die nächste, zusammen mit VERDI geplante Veranstaltung zum Sozialabbau als Auftakt für eine Veranstaltungsreihe zu nehmen, die man z.B. „Städtisches Sozialforum“ nennen könnte.
- Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass das Profil von Attac im Bündnis mit anderen Partnern nicht verlorengeht. Attac soll weiterhin offen und keiner Partei zugehörig bleiben

Protokoll von Monika Schäfers

Anlagen:

Referat Demographie von Rainer Wissel

Frage: Ist der demographische Faktor entscheidend beteiligt an den Finanzierungsproblemen der sozialen Sicherungssysteme?

Fakten:

1. Demographischer Faktor - Demographische Entwicklung
2. Finanzierungsprobleme
3. Demographie und ihre Auswirkung auf die sozialen Sicherungssysteme

Zu 1. Bevölkerungsentwicklung (aus Politik und Zeitgeschehen, B 20/ 2003, Sozialbericht 2001)

Bevölkerungszahl:	Geburtenrate	Rentenversicherung
2000 ca. 83 Mill.	Von 0,73 stetig	ca. 250 Mrd. Euro
2020 ca. 80 Mill.		
2030 ca. 76 Mill.		
2040 ca. 74 Mill.		
2050 ca. 68 Mill.	auf 0,40	
2100 ca. 46 Mill.	unter 0,36	

Seit 1900 sinkt (mit gravierenden Schwankungen nach unten) die Geburtenzahl. Die Bevölkerung wächst dagegen an, bis sie ihren Zenit um die Jahre 2000-2010 erreichte. Erst ab dann sinkt parallel zur Geburtenrate die Bevölkerungszahl. Diese Prozesse finden statt, obwohl in diesen 100 Jahren ein unterschiedlicher Lebensstandard vorherrschte (bittere Armut, allgemeiner Wohlstand). Eine Einwanderung von jährlich 250000 Personen wird den Rückgang der Bevölkerungszahl abschwächen aber nicht verhindern.

Die Zahl der über 60jährigen nimmt bis 2050 um 10 Mill. Zu (im Jahr 2000 gibt es ca. 20 Mill. Rentner, im Jahr 2050 dann ca. 30 Mill. mit ca. 350 Mrd. Euro Rente).

Die Zahl der unter 20 - 60jährigen erwerbsfähigen Personen nimmt um 16 Mio. ab.

Sogenannter Altenquotient:

100 (20-60jährige) : 39 (über 60jährige) im Jahr 2000

100 (20-60jährige) : 90 (über 60jährige) im Jahr 2050

Zu 2) Finanzierung:

Bezugsgrößen:

- Beitragspflichtige Einnahmen zu Ausgaben der Sozialen Sicherungssysteme (Soz. Sich.)
- BIP zu Ausgaben der Sozialen Sicherungssysteme

Die Kritik an der Finanzierung der Soz. Sich. stützt sich auf die Relation der beitragspflichtigen Einnahmen zu den Ausgaben der Soz. Sich. In dieser Relation ist die zukünftige Finanzierung tatsächlich fraglich, da die beitragspflichtigen Einnahmen bezogen auf die Ausgaben der Sozialleistungen zurückbleiben. (DIW, Sachverständigenrat). Das heißt, wenn die Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Rente absolut, steigen müssen auch die Beiträge zu den Sozialversicherungen steigen (entweder pro Kopf je Mitglied oder durch eine breitere Einnahmenbasis). Setzt man aber die Kosten der Soz. Sich. in Beziehung zum BIP, dann könnte die Finanzierung der derzeitigen Form der Soz. Sich. möglich sein. Die Steigerungsraten -der beitragspflichtigen Einnahmen (siehe Grafik, bezogen auf GKV) liegen weit unter den Steigerungsraten des BIP. Das heißt, trotz steigendem BIP steigen offenbar die Löhne und Renten (bzw. die beitragspflichtigen Einkommen) nicht proportional. Würden sich aber die beitragspflichtigen Einnahmen der Steigerungsrate des BIP annähern, dann könnten die Defizite (zumindest in der GKV) gedeckt werden. Würde im Jahr 2000 die beitragspflichtigen Einnahmen um 16,7 % steigen, entstünden Mehreinnahmen von 35,6 Mrd. DM (ca. 17,5 Mrd Euro). „Mit Hilfe dieser Mehreinnahmen ließen sich die gegebenen Ausgaben bei einem durchschnittlichen Beitragssatz von knapp 1,6 % decken.“ (Sachverständigenrat, 2003). Die demographische Entwicklung ist dabei aber offenbar noch nicht berücksichtigt.

Zu 3 Demographie und deren Wirkung auf die Sozialen Sicherungssysteme

Laut Herwig Birg in Politik und Zeitgeschehen B 20/ 2003:

Vereinte Nationen errechneten eine Zuwanderung von 188 Mio. jüngerer Menschen sei nötig, wenn der Anstieg des sog. Altenquotienten verhindert werden soll.

Die realen Beitragsbelastungen durchs Umlageverfahren pro Kopf müssten sich verdoppeln (oder die Versorgungsleistungen halbieren), wenn bei steigendem Altenquotienten der derzeitige Stand der Versorgung durch Soz. Sich. beibehalten werden soll.

In diesem Zusammenhang werden folgende Vorschläge gemacht:

- Erhöhung der Beitragszahler- und -zahlungen (Senkung der Arbeitslosigkeit, Steigerung der Frauenerwerbsquote, Anhebung des Ruhestandsalter
- Erhöhung der Zahl der Beitragszahler durch eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades der Einwanderer
- Erhöhung der Geburtenrate.

Nur eine Kombination der Vorschläge könnte die Finanzierungsprobleme der Soz. Sich. lösen, isolierte Maßnahmen bringen nichts.

Resultat

Das Umlageverfahren allein aus beitragspflichtigen Einnahmen zu finanzieren ist nicht möglich. Wenn das gesamte BIP herangezogen werden soll, dann möglicherweise über einen Mix aus Steuern, verbreiteter Einnahmehasis (Bürgerversicherung), Kopfpauschalen etc.

Kostenexplosion im Gesundheitswesen

Frage: Gibt es eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen?

Quelle (DIW Wochenbericht 7/03)

Bezogen auf das BIP (alte Bundesländer):

Gesundheitsausgaben steigen nicht schneller als das BIP. Es gibt eine konstante Ausgabenpraxis.

Beiträge steigen, weil beitragspflichtige Einnahmen zurückgehen

Bruttolohn- und -gehaltsumme sind bezogen aufs BIP stetig zurückgegangen

Für die Gesundheitsausgaben **aller Träger** (KV, PV, RV, UV, RV ...) gilt:

Leistungsausgaben	10% (1970)	12% (1975)	13,4% (1998) des BIP
Behandlungsausg.:	5,2% (1970)	7,2 (1975)	8,4% (1998) ...

Nur für **GKV**:

Leistungsausgaben	5,7% (1975)	6% (1998) des BIP
Behandlungsausg.:	4,7% (1975)	5,1% (1998)

Die **Beiträge** zur GKV stiegen von 8,2% (1970) auf 13,6% (1998) des beitragspflichtigen Einkommens. Eine Steigerung um 66%.

Bezugsgröße Bruttolohn- und -gehaltsumme (BLG):

Gesundheitsausgaben der GKV: 12,1% (1975) 14,2% (1998); Steigerung um 17%
Zunehmende Spreizung von BIP und BLG

Verhältnis von BLG zum BIP: 47,2% (1975) 42,3% (1998) des BIP

Ähnliche Entwicklungen finden in den neuen Bundesländern statt.

Fazit: Zwar haben die Kassen Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben, aber bezogen auf die gesamtwirtschaftlichen Leistungen sind die Gesundheitskosten nicht schneller gestiegen als das BIP. Eine Kostenexplosion findet nicht statt.

Literatur:

Meinhart, Volker/ Schulz, Erika: Kostenexplosion im Gesundheitswesen? DIW-Wochenbericht 7/03, www.diw.de

Sozialbericht 2001, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, www.bma.bund.de

Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode. Drucksache 14/5990, 08.05.2001. Vertrieb: Bundesanzeiger

Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschehen, B 20/2003

Sachverständigenrat: Finanzierung, Nutzerorientierung und Qualität. Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Gutachten 2003, Kurzfassung

Finanzierung des Gesundheitswesens (Volumen 250 MRD Euro)

(Referat von Waltraud Westerburg)

A: Bürgerversicherung

Grundprinzip: Solidarisch

Paritätische Finanzierung: Arbeitgeber und Versicherte

Solidarisch: Einkommensabhängig (wer mehr hat, zahlt mehr)
Gesunde zahlen für Kranke

Bestandteile:

1. Versicherungspflicht für alle Bürger (neue Beamte, Selbständige, Landwirte)
2. Alle Einkunftsarten (Löhne und Gehälter, Gewinne aus Landwirtschaft, Gewerbe, Vermögen und Mieten)
3. Beitragsbemessungsgrenzen
4. Arbeitgeberanteil
5. Leistungen bleiben erhalten
6. PKV nur noch für Zusatzversicherung, keine Vollversicherung

Stellschrauben: (betreffen alle Aspekte der Parität und Solidarität, aber auch den Leistungskatalog)

1. Nicht für alle, da auch Leistungen daraus bezogen werden können
2. Vermögen und Mieten ausnehmen (Scholz)
3. Beitragsbemessungsgrenzen erhalten (Partei der Grünen) bzw. erhöhen auf bis zu 5100 Euro (Fischer), ganz freigeben (Hessen-SPD)
4. Arbeitgeberanteil einfrieren (Fischer) bei 6,5% bzw. Arbeitgeberanteil bleibt gleich mit Beitragssätzen
5. Leistungskatalog erhalten, keine weitere Privatisierungen (Hessen-SPD) bzw. Leistungen auf das Notwendige beschränken, weiteres privat versichern
6. PKV bleibt bestehen, aber Finanzausgleich zwischen PKV und GKV (Olaf Scholz)

Bewertung:

Es kann sich entwickeln, dass zwar solidarische und paritätische Bürgerversicherung drauf steht, aber Zwei-Klassen-Medizin drin ist.

Gefahr der Einschränkung des Leistungskatalogs - Richtung Minimalversorgung wird abgesichert, alles weitere Privatsache.

Parität gefährdet durch Einfrieren des Arbeitgeberanteils bis hin zur Verabschiedung der Arbeitgeber aus der Verantwortung für das Gesundheitssystem

Die Globalisierung stellt den Versuch dar, den globalen also universellen und mit sich völlig identischen, allumfassenden Produktionsprozess zu schaffen. Was heißt dies nun genauerhin? Unterschiedliche Länder haben unterschiedliche kulturelle, geographische, sprachliche und religiöse Voraussetzungen und Vorstellungen. Doch sind dies alles Faktoren im Produktionsprozess. Die Globalisierung versucht nun eine Abstraktion von all diesen Qualitäten einer Gesellschaft. Sie macht alles, was für den Produktionsprozess von Bedeutung ist, formell gleich. Kulturelle, sprachliche und religiöse Unterschiede werden zu hinderlichen Randerscheinungen und die sozialen Faktoren denen des Westens angepasst, da im Westen die freie Marktwirtschaft und ihre Begleitumstände am stärksten ausgeprägt ist. Da nun die Produktionsweise der freien Marktwirtschaft universell, das heißt nahezu überall angewandt ist, haben sich die Machtverhältnisse innerhalb der marktwirtschaftlich organisierten Nationen verändert. Die Beliebtheit der Produktionsstandorte, die gestiegene Produktivität, die nahezu uneingeschränkte Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften machen Staaten und Arbeitnehmervertretungen erpressbar. In der jetzigen Situation haben die Unternehmen, die Arbeitgeberverbände sowie die neoliberalen politischen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen und Parteien einen für die Gesellschaft schädlichen Machtüberschuss.

Ständig mehren sich die Forderungen nach Sozialabbau in verschiedenster Art und Weise. Kündigungsschutz, Löhne, Gesundheitswesen, Rente und Arbeitsrechte der Arbeitnehmer sind beliebte Zielscheiben der neoliberalen Kräfte. Die Argumentation ist immer die gleiche: Sozialleistungen seien nicht mehr bezahlbar, nicht mehr zeitgemäß und überhaupt ein veraltetes Instrument. Man müsse konkurrenzfähig bleiben und dabei seien hohe Ausgaben für die Sozialleistungen hinderlich. Leider regt sich wenig Widerstand gegen die häufig schlecht durchdachten Argumentationen. Medien und Parteien scheinen sich einig.

Wir von der Attac Regional- Arbeitsgruppe Globalisierung und soziale Sicherungssysteme verwahren uns gegen den volkswirtschaftlich unvernünftigen Sozialabbau. Hierzu möchten wir folgenden Text zur Selbstverständigung vorlegen.

Zum Thema Demographie

Ein Leitargument der Neoliberalen ist, dass es in Zukunft nicht möglich sein wird Rente und Gesundheitswesen zu bezahlen, weil es wegen der Überalterung unserer Gesellschaft zu viele alte Menschen und zu wenige junge Menschen geben wird. Die Sozialabgaben würden auf diese Weise zu hoch und Sozialabbau sei deshalb notwendig.

Zunächst bleibt festzustellen, dass die Erhöhung der Lebenserwartung der Gesellschaft per se etwas Positives ist. Man könnte sogar sagen, dass die hohe Lebenserwartung der Gesellschaft eine direkte Folge des Sozialstaates und damit einen Sieg des Sozialstaates darstellt. Menschen werden z.B. älter aufgrund besserer medizinischer Versorgung und besserer Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Hinzu kommt, dass aufgrund sozialstaatlicher Leistungen ein Rückgang der Kindersterblichkeitsrate zu verzeichnen ist.

Familien und natürlich junge Menschen die eine Familie gründen wollen, brauchen Sicherheit und Planbarkeit, was ihre persönlichen Lebensumstände angeht. Die ständige Deregulierung des Marktes, der ständige Abbau von Sozialleistungen und schließlich die immer umfassendere Flexibilisierung stehen dem freilich im Wege.

Vor diesem Hintergrund muss man die momentane Entwicklung betrachten und muss zu dem Schluss kommen, dass der Sozialstaat eine Errungenschaft ist, die eine Verteidigung lohnt. Zuerst sollte man feststellen, was individueller und gesellschaftlicher Reichtum ist, da ja die Argumentation gegen den Sozialstaat ist, dass er zu teuer ist, also die Gesellschaft zu arm, ihn noch länger zu bezahlen. „Der gesellschaftliche Reichtum erscheint zunächst als ungeheure Warenansammlung.(Marx)“ Und der gesellschaftliche Reichtum steigt von Jahr zu Jahr. Die Produktivität steigt stetig an. Das heißt, dass der Warenausstoß pro Zeiteinheit immer höher wird. Gleichzeitig sinkt die Lohnquote stetig (im letzten Jahrzehnt um 17%) und die Unternehmer müssen generell immer weniger Auflagen beachten. Es wird viel produziert und das unter für die Unternehmer immer besseren Bedingungen. Ein Resultat daraus ist, dass das Bruttosozialprodukt so hoch ist wie noch nie. Das Pro-Kopf Einkommen steigt ebenfalls stetig. Der gesellschaftliche Reichtum scheint unermesslich, nur hat kaum mehr jemand

etwas davon. Der gesellschaftliche Profit, das Mehrprodukt, der Mehrwert ist privat organisiert und fasst ausschließlich in privatem Besitz. Der Staat, die öffentliche Hand und damit das Volk können kaum auf den gesellschaftlichen Profit zurückgreifen. Nur so lassen sich die leeren Kassen des Gesundheitswesens und der Rentenversicherungen erklären, denn wie oben erwähnt. Der gesellschaftliche Reichtum und die Produktivität steigen ständig und sie sind der einzige Maßstab, an dem man die soziale Fähigkeit zur Unterhaltung der Sozialleistungen messen kann und muss. Es besteht also kein unmittelbarer Zwang zum Sozialabbau. Vielmehr ist dies eine gesellschaftliche Entscheidung von Politik und Wirtschaft, also von den neoliberalen Kräften der Gesellschaft.

Die angebliche Notwendigkeit der Reformen rund um den Sozialstaat besteht nicht. Vielmehr sind die bestehenden Machtverhältnisse der Grund für die nun angestrebten Kürzungsvorhaben. Der gesellschaftliche Reichtum würde sogar einen Ausbau des Sozialstaates erlauben, doch die neoliberalen Kräfte aus Politik, Wirtschaft, Interessensverbänden und Medien haben andere Interessen und verstehen es ihren eigenen Willen als den Willen der Allgemeinheit darzustellen, obwohl sie offensichtlich gegen die Interessen der Allgemeinheit handeln.

Sozialstaat und Demokratie

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Demokratie. Demokratie bedeutet, dass man den Menschen die Entscheidungsgewalt über ihre eigenen Lebensumstände gibt. Um Menschen eine freie Entscheidung bezüglich Produktionsweise sowie generell ihrer eigenen Lebensumstände zu ermöglichen, muss erst eine gute und umfassende Versorgung gewährleistet sein, schon allein um sie gegenüber Erpressungsversuchen unempfindlich zu machen. Doch es besteht ein noch engerer Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialstaat. Oben wurde bereits dargelegt, dass der gesellschaftliche Profit privatisiert worden ist. Es gilt den Prozess umzukehren. Es gilt dem Volk die Entscheidungsgewalt über den gesellschaftlichen Profit, Mehrprodukt und Mehrwerterzeugung und deren Benutzung zu überlassen. Nur so kann wirklich Demokratie herrschen, kann der Mensch über sich selbst entscheiden. Wie wird was zu wessen Nutzen eingesetzt oder zu Verfügung gestellt. Ein Mensch, der in Abhängigkeit zur Wirtschaft verharrt, hat keine Entscheidungsgewalt über sich selbst und wird auch kaum zu einem mündigen Mitbürger.

Das Argument, der Sozialstaat würde kollektiven Zwang gegenüber individueller Freiheit stärken, ist schlichtweg falsch. Jemand der durchweg um Waren oder Güter betteln muss, nie eine gesellschaftliche Absicherung erfährt, seine eigene Grundversorgung nicht bestreiten kann oder sie zumindest nicht garantiert bekommt, ist wohl kaum ein Mensch, der in einem demokratischen Prozess eine Rolle spielt. Würde er solche Maßnahmen über sich selbst beschließen? Wohl kaum! Der Sozialstaat ist in weiten Teilen, was Planbarkeit des Lebens, Grundversorgung und Versorgung mit Waren oder Produktionsmitteln angeht, vielmehr erst Voraussetzung zur Selbstbestimmung des Menschen. Umverteilung ist in einer Demokratie, die diesen Namen auch verdient, absolut notwendig. Wie soll ein Mensch sich selbst bestimmen, wenn er um seine Existenz fürchten, sich selbst immer auf ungeheuerlichste prostituieren, unter unmenschlichen Bedingungen leben muss. Individuelle Freiheit ohne Sozialstaat ist nur die unternehmerische Freiheit, also Freiheit derer die ökonomische Entscheidungen treffen und damit über Lebensbedingungen entscheiden oder auch die Freiheit zur Verfügbarkeit und beliebige Einsatzmöglichkeit von Arbeitnehmern. Wahre Freiheit ist Selbstaufgabe von Regeln (Kant). Die Freiheit ist immer auch die Freiheit des anders Denkenden (Luxemburg)! Es besteht also eine direkte Verbindung zwischen Sozialstaat, Demokratie und Freiheit.

Forderungen

Aus den obigen Ausführungen ergeben sich folgende Forderungen:

- Schaffung eines *Bürgerhaushaltes* zur Sicherung der Grundversorgung des Volkes, sowie des demokratischen Umgangs mit dem gesellschaftlichen Reichtum
- Eine *Bürgerversicherung*. Jeder Teil der Gesellschaft hat eine Verpflichtung zur Erhaltung der sozialstaatlichen Leistungen. Da Arbeit als Medium der Wohlstandsverteilung nicht mehr ausreicht, dürfen die Lasten nicht mehr nur auf den Löhnen der Arbeiter liegen. Es wird auf-

grund der Produktivitätssteigerungen nötig, auch andere Einkommensarten und den Reichtum der Unternehmer in die Erhaltungszahlungen zugunsten der Sozialleistungen einzubeziehen.

- Schaffung des Existenzgeldes zur Grundversorgung. Da immer weniger Arbeitskräfte nötig sind um immer mehr zu produzieren, wird ein Existenzgeld nötig. Es wird immer gewährt und hat eine angemessene Höhe. Eine Gesellschaft, die es sich leisten kann, so viele arbeitsfähige Menschen unintegriert zu lassen, kann sich auch ein solches Existenzgeld leisten. Besser wäre es allerdings diese in den Arbeitsprozess zu integrieren und ihnen damit zu zeigen, dass ihre Fähigkeiten gebraucht werden.
- Ausbau der bereits bestehenden Sozialleistungen und demzufolge auch Stopp der Reformvorhaben, die ohnehin keinen erneuernden, sondern reaktionären Charakter haben.
- Sozial gerechte Lastenverteilung. Das heißt: Erhöhung des unternehmerischen Anteils an den staatlichen Steuereinnahmen.
- Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene